

Bericht der Justiz- und Sicherheitskommission an den Landrat

betreffend Mehr Grenzschutz – mehr Sicherheit

2023/220

vom 17. September 2024

1. Ausgangslage

Landrat Reto Tschudin bittet den Regierungsrat in seinem Postulat, «beim Bund die umgehende und anhaltende Verstärkung des Grenzwachkorps im Raum Nordwestschweiz zu bewirken». Die Kriminalitätszahlen zeigten ein «düsteres Bild», heisst es im Vorstoss aus dem April 2023 – und auch die Prognosen seien «schlecht». Dabei sei der Kanton Basel-Landschaft von den Auswirkungen der «ausländischen Diebesbanden» besonders betroffen. Die Schweiz müsse wieder «Herr über die Kontrolle ihrer Grenzen» werden und insbesondere den Kriminaltourismus «vehement bekämpfen», schreibt der Postulant. Die im Rahmen der Corona-Pandemie erfolgten «Grenzschliessungen und Grenzkontrollen» hätten sich als wirksame Massnahmen erwiesen.

Der Landrat hat den Vorstoss am 8. Juni 2023 mit 63:7 Stimmen bei 3 Enthaltungen an den Regierungsrat überwiesen.

Der Regierungsrat betont nun, dass er die Entgegennahme des Postulats befürwortet habe, um in dieser Sache gemeinsam mit den anderen Nordwestschweizer Kantonen einen neuerlichen Anlauf auf Bundesebene nehmen zu können. Nach der Überweisung des Postulats mit seinem Anliegen eines verstärkten Grenzschutzes sei er an das Polizeikonkordat Nordwestschweiz gelangt – dieses habe in der Folge bei der zuständigen Vorsteherin des Eidgenössischen Finanzdepartements beantragt, die Region Zoll Nord personell zu verstärken, «um die hohe Zunahme der Vermögensdelikte durch verstärkte Grenzkontrollen in den Konkordatskantonen der Nordwestschweiz wirkungsvoller zu bekämpfen».

Die Bundesbehörden hätten «volles Verständnis» für das Anliegen gezeigt und auf bereits erfolgte Massnahmen des Bundesamtes für Zoll und Grenzschutz sowie die laufend erfolgenden Lageanalysen verwiesen – dem Thema Vermögensdelikte werde bei Kontrollen jeweils ein besonderes Augenmerk geschenkt. Eine personelle Verstärkung der Region Zoll Nord über die laufenden Aktivitäten hinaus sei aber «mit Blick auf die Interessen der gesamten Schweiz nicht möglich» – auch weil die Zollkräfte durch die «weiterhin angespannte Migrationslage» stark eingebunden seien.

Der Regierungsrat «hat mit der Initiierung der gemeinsamen Anfrage der Nordwestschweizer Kantone (...) seine Möglichkeiten ausgeschöpft», heisst es bilanzierend. Eine regionale Verstärkung der Zollkräfte sei nicht zu erwarten; immerhin sei aber die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Zoll in der Nordwestschweiz als «hervorragend» zu bezeichnen.

Gestützt auf seine Ausführungen beantragt der Regierungsrat, das Postulat abzuschreiben.

Für Detail wird auf die [Vorlage](#) verwiesen. Die Geschäftsleitung des Landrats hat die Vorlage am 15. August 2024 an die Justiz- und Sicherheitskommission überwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Kommission hat die Vorlage an ihrer Sitzung vom 2. September 2024 beraten, dies in Anwesenheit von Sicherheitsdirektorin Kathrin Schweizer und Angela Weirich. Die Generalsekretärin der Sicherheitsdirektion hat die Vorlage vorgestellt.

2.2. Eintreten

Eintreten war unbestritten.

2.3. Detailberatung

Die Kommission liess erkennen, dass der Grenzschutz in der Region zu wenig Präsenz zeige – sie äusserte aber zugleich ihr Verständnis für die Haltung des Regierungsrats. Es wurde aber auch die Frage aufgeworfen, welche weiteren Schritte unternommen werden könnten, um dem Anliegen – trotz der abschlägigen Antwort aus Bern – weiter Nachachtung zu verschaffen. Ein Zusammenhang zwischen der Grenznähe eines Kantons und der Kriminalitätsrate sei erkennbar. Allenfalls müsse darüber nachgedacht werden, die Polizei stärker in diese Problematik einzubinden und ihr die dafür nötigen Ressourcen und Instrumente in die Hand zu geben, hiess es.

Es wurde auch diskutiert, ob das Postulat stehen gelassen werden soll, um zu signalisieren, dass der Auftrag letztlich nicht erfüllt ist. Die Vertretung des Regierungsrats wies aber darauf hin, dass die Handlungsmöglichkeiten des Kantons dadurch nicht grösser würden – die Entscheidungskompetenzen in dieser Thematik seien beim nationalen Parlament. Allenfalls sei darum zu überlegen, die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, welche den Kanton auf Bundesebene vertreten, auf das Anliegen anzusprechen.

3. Antrag an den Landrat

://: Die Kommission beantragt dem Landrat mit 10:1 Stimmen ohne Enthaltungen, das Postulat abzuschreiben.

17.09.2024 / gs

Justiz- und Sicherheitskommission

Dominique Erhart, Präsident

Beilagen

keine